

Parlamentarischer Vorstoss

- ☐ Motion
☐ Postulat
☐ Interpellation mündlich
☒ Interpellation schriftlich

mit Antrag auf Dringlichkeit

Eingereicht von

SP/Juso/PFG-Fraktion

Das Präsidium des Stadtparlaments tritt im Anschluss an die Sitzung zusammen und erklärt die Interpellation für nicht dringlich. 17.2.26, Andy Markwalder
Ratssekretär-Stv.

Umsetzung des VIII. Nachtrags zum Sozialhilfegesetz und faktische Einschränkung der Wohnsitzfreiheit in der Stadt St.Gallen

Per 1. Januar ist der VIII. Nachtrag zum kantonalen Sozialhilfegesetz in Kraft getreten. Dieser sieht vor, dass anerkannte und vorläufig aufgenommene Geflüchtete, die Sozialhilfe beziehen, ihren Wohnsitz innerhalb des Kantons nur noch mit Zustimmung sowohl der Wegzugs- als auch der Zuzugsgemeinde wechseln können. Damit wird die bisherige Wohnsitzfreiheit dieser Personengruppe erheblich eingeschränkt.

Gegen diese Gesetzesänderung wurde im Dezember 2025 Beschwerde beim Bundesgericht eingereicht. Die Rechtmässigkeit der neuen Regelung ist somit Gegenstand eines hängigen Verfahrens. Trotz dieser offenen Rechtslage haben der Verband St.Galler Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten (VSGP) sowie der Trägerverein Integrationsprojekte St.Gallen (TISG) die Gemeinden angewiesen, das neue Gesetz umgehend umzusetzen.

Gegen diese Gesetzesänderung wurde im Dezember 2025 Beschwerde beim Bundesgericht eingereicht.

Gemäss verschiedenen Rückmeldungen setzt die Stadt St.Gallen die neue Regelung bereits sehr restriktiv um. Ein Wohnsitzwechsel in die Stadt ist für anerkannte und vorläufig aufgenommene Geflüchtete faktisch kaum mehr möglich. Für eine Zustimmung sollen umfangreiche Unterlagen nötig sein.

Offenbar gehen diese Anforderungen deutlich über das hinaus, was bei einem Wohnsitzwechsel anderer Bevölkerungsgruppen üblich ist. Es stellt sich die Frage, ob damit eine faktische Vorselektion erfolgt, die finanziell schlechter gestellte oder sich in prekären Arbeitsverhältnissen befindende Personen systematisch vom Zuzug in die Stadt St.Gallen ausschliesst und ob diese Praxis angesichts der hängigen Beschwerde verhältnismässig ist.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

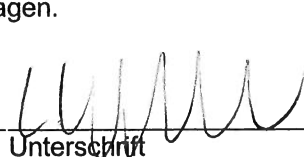

1. Wie setzt die Stadt St.Gallen den VIII. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz konkret um, und seit wann gilt die aktuelle Umsetzungspraxis?
2. Welche Dokumente und Unterlagen müssen eingereicht werden für einen Wohnsitzwechsel in die Stadt St.Gallen?
3. Werden diese Anforderungen ausschliesslich auf anerkannte und vorläufig aufgenommene Geflüchtete angewendet oder auch auf andere Personen, die ihren Wohnsitz in die Stadt verlegen wollen?
4. Wie viele Gesuche um Wohnsitzwechsel von anerkannten oder vorläufig aufgenommenen Geflüchteten sind seit Inkrafttreten des VIII. Nachtrags eingegangen und wie viele davon wurden bewilligt bzw. abgelehnt?
5. Wie beurteilt der Stadtrat die Vereinbarkeit der aktuellen Praxis mit dem Diskriminierungsverbot und der Wohnsitzfreiheit, insbesondere vor dem Hintergrund der beim Bundesgericht hängigen Beschwerde, und ist er bereit, die Umsetzungspraxis bis zur Klärung der Rechtslage zu sistieren?

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen.

17.2.26

Datum

Unterschrift

Unterschriften Parlamentarischer Vorstoss

Name, Vorname	Partei	Unterschrift	Name, Vorname	Partei	Unterschrift
Angehrn Patrik	die Mitte	X	Kuratli Donat	SVP	
Arpagaus Hans Peter	die Mitte		Liechti Ivo	die Mitte	
Balok Chompel	SP	X	Lüchinger Raphael	FDP	
Bänziger Noemi	GLP	X	Mauchle Arnold	Grüne	A. Mauchle
Baur Marcel	GLP	M. Baur	Meyer Veronika R.	Grüne	V. Meyer
Bechtiger Roger M.	die Mitte		Neuweiler René	SVP	
Bertoldo Daniel	EVP		Olibet Peter	SP	P. Olibet
Brunner Jürg	SVP		Pinto Cardoso Tatiana	SP	T. Pinto
Calzavara Andrea	SP	A. Calzavara	Rickli Matthias	SP	M. Rickli
Casaulta Marius	die Mitte		Ronzani Manuela	SVP	
Crottogini Eva	SP	E. Crottogini	Rotach Marcel	FDP	
Diem Melanie	GLP	M. Diem	Rütsche Beat	die Mitte	
Dudli Andreas	FDP	A. Dudli	Saxer Corina	FDP	
Eberhard Gabriela	SP	G. Eberhard	Schmid Angelica	SP	A. Schmid
Eichmann Robin	JUSO	R. Eichmann	Schmid Rebekka	Grüne	R. Schmid
Eisenring Sinah	J Grüne	S. Eisenring	Schönbächler Philipp	GLP	P. Schönbächler
Federer Cornelia	Grüne	C. Federer	Schürch Marlène	SP	M. Schürch
Froidevaux Alice	SP	A. Froidevaux	Städler Michael	SP	M. Städler
Garobbio-Campi Nadia	FDP		Stähelin Louis	die Mitte	
Gasser-Beck Jacqueline	GLP		Stauffacher Marc	die Mitte	
Giger Thomas	SVP		Sutter Flavia	FDP	
Giger Timothy	SVP		Thurairajah Jeyakumar	Grüne	
Granitzer Esther	SVP		Vosseler David	SVP	
Heeb Jenny	SP	J. Heeb	Wäspe Remo	SVP	
Hornstein Andrea	PFG	A. Hornstein	Weibel Lara	SP	L. Weibel
Huber Christian	Grüne	C. Huber	Wenger Lydia	SP	
Hufenus Gallus	SP	X	Wettach Christoph	GLP	
Jud David	GLP		Wick Oliver	JF	
Keller Felix	FDP		Winter-Dubs Karin	SVP	X
Keller Stefan	FDP		Ziegler Antje	die Mitte	
Königer Doris	SP	D. König			
Kobel Christoph	SP	C. Kobel			
Kobler Liliane	FDP				

